

# Antrag

**AntragsstellerIn:** LAG Bildung

**Gegenstand:** **Politische Bildung in Sachsen stärken -  
Kompetenzen für lebendige Demokratie und  
offene Gesellschaft ausbilden**

---

## 1 Antragstext

2 Sachsen braucht dringend eine Veränderung seiner politische Kultur. Pegida&Co.  
3 und die mit ihnen schließlich einhergehenden rassistischen Ausschreitungen und  
4 Anschläge sind nicht zufällig in Sachsen entstanden. Ein in allen Schichten zu  
5 findender Teil der sächsischen Bevölkerung hat nicht nur Vorbehalte gegenüber  
6 als fremd empfundenen Religionen wie dem Islam, sondern ist offen rassistisch  
7 und fremdenfeindlich eingestellt. Viele haben wenig Vertrauen und Kenntnis von  
8 demokratischen Strukturen und politischen Prozessen. Tiefsitzende Ressentiments,  
9 eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Fremden bis hin zu einer Normalität  
10 rassistischer Vorstellungen in Teilen der sächsischen Bevölkerung verbinden sich  
11 mit einem verbreiteten Unverständnis gegenüber der Komplexität von Demokratie  
12 und Moderne. Ethnische, religiöse oder kulturelle Vielfalt wird eher als  
13 Bedrohung, denn als Chance begriffen. Für viele ist nicht selbstverständlich,  
14 dass in einer Demokratie über gesellschaftliche Probleme, unterschiedliche  
15 Interesse und Weltanschauungen offen diskutiert werden muss. Stattdessen  
16 existiert die Vorstellung, dass Probleme ohne 'Parteienstreit' als 'sachlicher'  
17 Konsens oder durch einfache Durchsetzung der Mehrheit gelöst werden. Dies wird  
18 begünstigt von einer durch die 'Staatspartei' CDU geprägten, teils verrohten  
19 politischen Kultur, die allzu oft eine obrigkeitsstaatliche Tradition der  
20 Verwaltung fortsetzt, den offenen politischen Diskurs scheut und sich mit der  
21 Akzeptanz von Vielfalt und Anderssein schwertut. Beleg dafür sind die offene  
22 Sympathie konservativer Teile der sächsischen CDU für Pegidia und die  
23 Schwierigkeiten, eine klare Abgrenzung der undemokratischen und rassistischen  
24 Positionen von Pegida zu organisieren.

25 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine weltoffene, demokratische und  
26 menschenrechtsorientierte politische Kultur in Sachsen ein. Gelebte  
27 Weltoffenheit, die Akzeptanz von Vielfalt und demokratischem Streit sind auf  
28 eine Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Akteure angewiesen. Die  
29 Antworten auf Pegida sind vielfältig: eine andere politische Kultur und eine  
30 Ausweitung demokratischer Beteiligungsrechte, interkulturelle Bildung und eine

31 weltoffene Asyl- und Migrationspolitik.

32 Politische Bildung ist ein wichtiger Baustein einer solchen Veränderung. Um den  
33 gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, muss politische Bildung weit  
34 mehr leisten, als über die Strukturen des politischen Systems zu informieren.  
35 Sie muss auf allen Ebenen dazu beitragen, dass die universalen Menschenrechte  
36 und verfassungsmäßigen Grundrechte leitend für politisches und  
37 gesellschaftliches Handeln sind. Dabei stellt sich die Frage, auf welche Weise  
38 über die klassischen Zielgruppen politischer Bildung hinaus auch diejenigen  
39 für Menschenrechts- und Demokratiebildung erreicht werden können, die offen für  
40 rassistische und fremdenfeindliche Ressentiments sind und deren Vertrauen in die  
41 demokratische Gesellschaft gering ist. Ziel politischer Bildung muss die  
42 Förderung der Selbstermächtigung aller BürgerInnen zu  
43 menschenrechtsorientiertem, zivilgesellschaftlichem und demokratischem Handeln  
44 sein. Diese Herausforderung weist weit über die Tätigkeit der politischen  
45 Stiftungen, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Akteuren der  
46 politischen Erwachsenenbildung hinaus. Für einen nachhaltigen Ansatz muss ebenso  
47 die politische Bildung in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen,  
48 aber auch in der Gemeinwesenarbeit gestärkt werden.

#### 49 *I. Bildungseinrichtungen*

50 Die unterdurchschnittliche Beteiligung von SchülerInnen und StudentInnen an den  
51 Pegida-Demos darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Sagbarkeit von  
52 rassistischen und undemokratischen Positionen weit in den Resonanzraum von  
53 Kindern und Jugendlichen hineinwirkt. Im familiären Nahraum werden Vorurteile  
54 gegenüber dem politischen System und Andersartigen zum Teil ungefiltert und  
55 undiskutiert weitergegeben. Eine Stärkung der politischen Bildung in Kita,  
56 Schule, Ausbildung und Hochschule ist deshalb unerlässlich. Für politische  
57 Bildung ist es nie zu früh, wenn sie altersgerecht gestaltet wird. Gerade in  
58 Bildungseinrichtungen können frühzeitig und niedrigschwellig Diskussions- und  
59 Demokratiekompetenzen sowie menschenrechtsorientierte Bildung vermittelt werden.

#### 60 *Kita*

61 Auch vor der Schule können Kinder sie betreffende Gegenstände gemeinsam  
62 aushandeln, diskutieren und entscheiden. Dabei können sie lernen, Konflikte  
63 argumentativ und ohne Gewalt zu lösen und sich als selbstwirksam zu erleben. Die  
64 im Bundeskinerschutzgesetz verankerte Beteiligung von Kindern in der Kita wird  
65 in Sachsen oft nur unzureichend mit Leben erfüllt. Demokratiekompetenz wird nur  
66 selten als basale Lernkompetenz betrachtet. Die Beteiligung von Kindern wird  
67 zwar teilweise als pädagogisch sinnvoll betrachtet, jedoch kaum als  
68 bildungspolitische Notwendigkeit betrachtet, um das Gemeinwesen zu stärken.  
69 Allzuoft fehlen Wissen und Haltung, um Demokratie von Anfang an als  
70 selbstverständliche gute pädagogische Praxis zu begreifen. Demokratiekompetenz  
71 findet sich zwar als verbindliches Lernziel im Bildungsplan, ist aber nicht im  
72 Kita-Gesetz verankert und wird oft nur unzureichend umgesetzt. Vielen  
73 ErzieherInnen fehlen die Instrumente, sich selbst und den Kindern demokratische  
74 Prozesse bewusst zu machen und als selbstverständlichen Bestandteil des Kita-  
75 Alltags zu verankern.  
76 Bei der Umsetzung demokratischer Bildung in der Kita kann an Projekte wie das  
77 DKJS-Projekt *Demokratie von Anfang an* angeknüpft werden. Der bis 2013 erprobte

78 Ansatz zeigt, wie Kindertageseinrichtungen begleitet werden können, um Lernorte  
79 der Demokratie zu werden. Diese Erfahrungen müssen nun in die Breite getragen  
80 werden. Wir wollen, dass der Freistaat ein Programm einrichtet, mit dem die  
81 Entwicklung und das Argumentieren eigener Positionen sowie der  
82 selbstverständliche Umgang mit Meinungsvielfalt und demokratischen  
83 Entscheidungsfindungsprozessen früh eingeübt wird. Ziel muss es sein, dass sich  
84 jede Kita als demokratischen Lernort begreift und dabei sowohl Kinder, als auch  
85 ErzieherInnen und Eltern einbezieht. Wir fordern

86 - die Förderung eines Fortbildungs- und Supervisionsprogramms „Demokratie von  
87 Anfang an“ für demokratisches Lernen in der Kita in unabhängiger Trägerschaft,  
88 das die Freistellung von Personal ermöglicht und finanziert  
89 - Ziele demokratischer Bildung im Kita-Gesetz zu verankern  
90 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz in der Aus- und Fortbildung von  
91 ErzieherInnen zu verankern

## 92 *Schulen*

93 An den sächsischen Schulen sind die formalen Mitwirkungsrechte von SchülerInnen,  
94 Eltern und LehrerInnen im Ländervergleich relativ weitgehend. Solange jedoch die  
95 Einzelkompetenzen der Schulen, über pädagogische, finanzielle und personelle  
96 Fragen zu entscheiden, weiterhin eingeschränkt sind, laufen die demokratischen  
97 Rechte oftmals ins Leere. Zudem mangelt es allzuoft an Engagement von  
98 Schulleitung und Lehrkräften, die Mitwirkungsstrukturen mit Leben zu erfüllen.  
99 Sinnvolle Programme wie „Mitwirkung mit Wirkung“ zur Qualifizierung von  
100 Schülervertretungen müssen stärker in die Breite wirken.

101 Die Vermittlung von Grundlagen politischer Bildung ist zunächst Aufgabe des  
102 Unterrichts. Auch wenn der sächsische Lehrplan die entsprechenden Inhalte  
103 vorsieht, weist der Gemeinschaftskundeunterricht im Ländervergleich ein eher  
104 geringes Gewicht auf. Hinzu kommt, dass die Fächer Gemeinschaftskunde und  
105 Geschichte an einzelnen Schularten abgewählt werden können. Allein die  
106 Ausweitung dieser Fächer in der Stundentafel löst jedoch nicht das Problem.  
107 Gefragt ist vielmehr die alltägliche Einübung von Demokratiekompetenz. Dies  
108 schließt die Fähigkeit ein, Sachverhalte kritisch zu hinterfragen, sich in  
109 andere einzufühlen und mit anderen zu diskutieren. Dies setzt voraus, Schule  
110 nicht nur als Ort der Wissensvermittlung, sondern als Lern- und Lebensort im  
111 Sinne einer umfassenden Kompetenzerwerbungs zu verstehen. Ein solches Umdenken  
112 muss eine veränderte Lehramtsausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie ein  
113 Umdenken in der Schulaufsicht nach sich ziehen. Die LehrerInnen an sächsischen  
114 Schulen dürfen bei dieser Herausforderung nicht länger durch fehlende  
115 Unterstützungsstrukturen allein gelassen werden.

116 Die Bandbreite der Dominanz politischer Positionen ist je nach Schularten und  
117 Region sehr differenziert und abhängig von Schülerklientel und dem jeweiligen  
118 lokalen gesellschaftlichen Klima. Das sächsische Kultusministerium versteht  
119 Schulen als weitgehend entpolitisierten Raum, viele LehrerInnen betrachten sich  
120 aufgrund DDR-Erfahrungen heute als unpolitisch. Weil die Verteidigung von  
121 Grundrechten vielfach als Frage von Parteipolitik missverstanden wird, fehlt es  
122 zu oft an der notwendigen Klarheit und Hilfestellung zu antidemokratischen und  
123 rassistischen Einstellungen in der Schülerschaft. Ob Demokratiekompetenz im  
124 Schulalltag vermittelt wird, hängt von Interesse und Engagement von LehrerInnen

125 und SchulleiterInnen ab. Auch wenn viele Antirassismusprojekte vorhanden sind,  
126 erreichen sie aufgrund ihrer Nachfrageorientierung gerade diejenigen Schulen  
127 nicht, die sie am meisten bräuchten. Um die Demokratiebildung an sächsischen  
128 Schulen zu stärken, fordern wir:

- 129 - schulische Entscheidungsspielräumen hinsichtlich Pädagogik, Finanzen und
- 130 Personal auszuweiten
- 131 - die Kompetenzentwicklungen durch Selbsterfahrung (Schülerparlamente,
- 132 Urabstimmungen) zu ermöglichen und Schülergremien oberhalb der Schulebene
- 133 (Kreisschülerrat) zu stärken
- 134 - das Fach Gemeinschaftskunde \*an allen weiterführenden Schularten ab Klasse 5
- 135 durchgehend mit 2 Wochenstunden zu unterrichten und\* durch eine größere
- 136 Praxisorientierung an sozialer Verantwortung, Erfahrung von Vielfalt und
- 137 persönlichem Engagement im Rahmen einer Ausweitung des Stundenumfangs zu stärken
- 138 - Inhalte politischer Bildung in Pflichtfächern zu verankern und einzelne Fächer
- 139 im Hinblick auf Menschen- und Grundrechtsbildung besser zu vernetzen
- 140 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz im Schulgesetz als Auftrag im Sinne der
- 141 Grundrechtsvermittlung zu verankern
- 142 - geeignete Unterstützungsstrukturen (Weiterbildung, Coaching) der Lehrkräfte
- 143 zur Einübung von Demokratie- und Diskurskompetenz von SchülerInnen aufzubauen
- 144 - die Reichweite von Antirassismus-Projekten (mobile Beratung) durch eine
- 145 bessere Förderung und aktive Bewerbung bei Schulen zu verbessern
- 146 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz und Inhalte politischer Bildung in der
- 147 Lehreraus- und fortbildung aller Lehramtsfächer zu verankern

#### 148 *Hochschulen*

149 Die sächsischen Hochschulen sind ein wichtiges Reservoir späteren politischen  
150 Engagements. An ihnen wird tagtäglich demokratisches Engagement eingeübt, auch  
151 wenn in den vergangenen Jahren systematisch Mitbestimmungsrechte zurückgefahren  
152 wurden. Dennoch können die Bedingungen demokratischen Engagements für  
153 Studierende deutlich verbessert werden. Zugleich sind die Universitäten eine  
154 wichtige Stätte politischer (Selbst-)Bildung und besitzen die  
155 Studierendenschaften den Auftrag politischer Bildung. Ausbildungskapazitäten für  
156 politische Erwachsenenbildner an den Universitäten wurden in den letzten Jahren  
157 durch Kürzungen verringert und existieren derzeit nur in Dresden und Chemnitz.  
158 Wir fordern:

- 159 - den politischen Bildungsauftrag der Studierendenschaften zu stärken
- 160 - die Wahrnehmung studentischer Interessen durch eine bessere Berücksichtigung
- 161 bei Bafög und eine Förderung von Studierenden ohne Bafög sowie durch eine
- 162 Anrechnung als Studienleistung zu fördern
- 163 - die weitere Demokratisierung der Hochschulstrukturen durch eine weitgehende
- 164 Viertelparität aller Mitgliedergruppen in Hochschulgremien und eine Stärkung
- 165 des Senats als zentrales Entscheidungsorgan voranzutreiben
- 166 - Erneute Einrichtung einer Professur für Erwachsenenbildung an der Universität
- 167 Leipzig und Verankerung der politischen Erwachsenenbildung als Lehrmodul an
- 168 allen Professuren der Erwachsenenbildung

#### 169 *Außerschulische Bildung*

170 Mit den Angeboten von Gewerkschaften, Parteien und ihren Jugendverbänden,  
171 Kirchen und Religionsgemeinschaften und freien Trägern der Jugendhilfe sowie  
172 Bundes- und Landesjugendring existiert eine ausdifferenzierte Struktur  
173 außerschulischer politischer Bildung. Ihre zentrale Herausforderung ist es auch,  
174 sozial benachteiligte und bildungsferne Jugendliche zu erreichen. Dem wirkt  
175 jedoch eine unzureichende finanzielle Ausstattung von Seiten des Freistaates  
176 insbesondere für überörtliche Projekte, flexibles Jugendmanagement und die  
177 Zuschüsse für Jugendhilfe in den Kommunen entgegen. Damit fehlen insbesondere  
178 dort Ressourcen, wo nahraumorientiert demokratische Kompetenzen eingeübt werden  
179 müssten. Im ländlichen Raum fehlt es neben finanziellen Ressourcen oft auch an  
180 geeigneten Fachkräften und Kooperationsstrukturen.

181 Wir fordern:

- 182 - verlässliche Finanzierung durch mehrjährige Zuschussverträge
- 183 - die Jugendhilfe und politischen Jugendbildung bedarfsgerecht auszustatten
- 184 sowie die Antragsverfahren zu beschleunigen
- 185 - innovative Projekte zur politischen Bildung sozial benachteiligter und
- 186 bildungsferner Jugendlicher zu fördern
- 187 - vorhandene Akteure zu qualifizieren und innovative Kooperationsformen im
- 188 ländlichen Raum zu entwickeln

## 189 *II. Politische Erwachsenenbildung und Gemeinwesenarbeit*

190 Mit der Landeszentrale für politische Bildung, den politischen Stiftungen und  
191 weiteren Akteuren wie den Volkshochschulen und vielen zivilgesellschaftlichen  
192 Initiativen weist die politische Bildung auch in Sachsen ein großes Potential  
193 auf. Dennoch besteht nach wie vor eine große Herausforderung darin, dass die  
194 reguläre politische Bildung oft nur Vorinteressierte und Vorgebildete erreicht.  
195 Vielfach fehlen zudem spezifische Angebote für MigrantInnen und weitere  
196 Zielgruppen. Um neue Instrumente politischer Bildung zu entwickeln und zu  
197 erproben, braucht es zum einen finanzielle und personelle Spielräume. Zum  
198 anderen muss deren wissenschaftliche Erforschung und Begleitung sichergestellt  
199 werden.

200 Obwohl das flächendeckende Netz der Volkshochschulen gut geeignet ist, neue  
201 Gruppen zu erschließen, ist es oft stark von handelnden Personen abhängig, ob  
202 politische Bildung eine Rolle spielt. Über die klassischen Träger politischer  
203 Bildung hinaus bietet die demokratische Gemeinwesenarbeit mit ihren vielen  
204 ehrenamtlichen Aktiven in Sozialräumen ein großes Potential, um demokratische  
205 Werte im sozialen Nahraum erfahrbar zu machen. Die Schließung von  
206 Studienangeboten für Gemeinwesenarbeit wirkt demgegenüber jedoch  
207 kontraproduktiv. Auch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und  
208 erprobte Instrumente wie *Study Circles* zur Ermächtigung demokratischen Handelns  
209 durch eigeninitiierte Bildungsarbeit wie in den USA und den skandinavischen  
210 Ländern können wichtige Bausteine politischer Bildungsarbeit sein. Um die  
211 politische Erwachsenenbildung zu stärken, fordern wir:

- 212 - die politischen Stiftungen und die Landeszentrale für politische Bildung sowie
- 213 die entsprechende wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Entwicklung und
- 214 Erprobung neuer Instrumente der politischen Bildung zu unterstützen
- 215 - Projekte menschenrechtsorientierter demokratischer Gemeinwesenarbeit in der
- 216 Fläche zu fördern
- 217 - die Volkshochschulen gezielt durch Kommunen und Freistaat zu stärken, um in

218 die Lage versetzt zu werden, politische Bildung ohne finanzielle Barrieren für  
219 die Teilnehmer durchführen zu können  
220 - Alternative Formen der Erwachsenenbildung durch Information und Bereitstellung  
221 von Ressourcen zu unterstützen

### 222 *III. Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung*

223 Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) ist ein wichtiger  
224 Akteur der politischen Bildung in Sachsen. Ihre Arbeit ist dem  
225 Überparteilichkeitsgebot der politischen Bildung im Sinne des Beutelsbacher  
226 Konsenses verpflichtet. Dieses Gebot wurde durch die Bereitstellung der Räume  
227 der SLpB für eine Pegida-Pressekonferenz, aber auch durch eine einseitige  
228 Ausgestaltung von Diskussionsforen ohne sichtbaren Widerspruch zu Pegida  
229 verletzt. Kritik des für die Aufsicht zuständigen Kuratoriums war nicht zu  
230 vernehmen. Dieser einseitige und unkritische Ansatz der SLpB bestätigt die  
231 bereits seit Jahren bestehende Defizite bei der Anti-Diskriminierungsarbeit und  
232 der politischen Bildung gegen menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft.  
233 Das bisherige Agieren der SLpB gibt Anlass, über Veränderungen der inhaltlichen  
234 Ausrichtung zu diskutieren. Wir erwarten, dass sich die SLpB für bestimmte  
235 Themen wie die Anti- Diskriminierungsarbeit, Asylpolitik, Demokratiebildung  
236 sowie globales und interkulturelles Lernen und ein größeres Spektrum  
237 zivilgesellschaftlicher Akteure öffnet.  
238 Eine inhaltliche Öffnung der SLpB muss mit einer Stärkung des überparteilichen  
239 Charakters der SLpB einhergehen. Wesentliche Ursachen für die bisherige  
240 Ausrichtung der SLpB liegen in der engen Anbindung an das Kultusministerium und  
241 den starken Einfluss des Kultusministeriums bei der Besetzung des Kuratoriums  
242 als Kontrollgremium. Zwar ist die Ansiedlung ans Kultusministerium und die  
243 Bestimmung der Kuratoriumsmitglieder im Ländervergleich nicht ungewöhnlich. Im  
244 Zusammenwirken mit der durch die ununterbrochen regierenden Staatspartei CDU  
245 geprägten politischen Kultur droht jedoch die Überparteilichkeit klar gefährdet  
246 zu werden. Wir fordern deshalb:

- 247 - die SLpB an den Landtag anzubinden und mit einem durch den Landtag gewählten
- 248 Landesbeauftragten für politische Bildung an der Spitze zu versehen
- 249 - nicht-parlamentarische Kuratoriumsmitglieder von den Verbänden selbst benennen
- 250 zu lassen
- 251 - eine Vertretung aller Landtagsfraktionen im Kuratorium
- 252 - einen jährlichen Bericht des Landesbeauftragten und eine regelmäßige
- 253 unabhängige qualitätsbezogene Evaluation der Arbeit der SLpB